



Fraktionsantrag
A 2022/0030
öffentlich

Antrag zum Haushalt: Förderung zusätzlicher Maßnahmen des Zweiten Bildungsweges für Menschen mit Fluchterfahrung

Die Gruppen SPD/Ratsherr Zimmermann und Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Volt beantragen

die Förderung zusätzlicher Maßnahmen des Zweiten Bildungsweges zum nachträglichen Erwerb von Haupt- und Realschulabschlüssen für Geflüchtete durch die VHS und die Einstellung der benötigten Mittel in den Haushalt des Bildungshauses.

Begründung

Im Rahmen des Flüchtlingszuzugs herrschte anfangs bei Berufsschulen und Ausbildungsunternehmen großer Optimismus, dass die Neuzugewanderten im Anschluss an einige Monate Sprachunterricht direkt in eine Ausbildung wechseln könnten. Konfrontiert mit massiven bildungssprachlichen Defiziten und fehlenden Grundkenntnissen brachen viele junge Flüchtlinge die bereits begonnene Ausbildung jedoch frustriert ab bzw. die Unternehmen sahen sich gezwungen, ihnen zu kündigen.

Aus diesem Grund wurden Kurse des Zweiten Bildungsweges zum nachträglichen Erwerb von Haupt- und Realschulabschlüssen entwickelt. Die Teilnehmer*innen erlernen grundlegende gesellschaftliche Werte und Normen, werden intensiv und individuell bei der Berufswahl beraten, absolvieren Berufspraktika und erhalten Unterstützung bei Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz. Sozialpädagogische Begleitung hilft bei der Bewältigung von Fluchttraumata und fluchtbedingten Depressionen, der Überwindung gesellschaftlicher Isolation und bei Alltagsproblemen. Kurskonzepte sind damit ein wesentlicher ‚Baustein‘ für eine gelungene berufliche wie gesellschaftliche Integration junger Neuzugewandelter – dies gilt insbesondere für junge Frauen und unbegleitete Jugendliche. Seit 2017 haben 303 Teilnehmer*innen die Kurse mit einem deutschen Schulabschluss beendet und so ist auch in der jeweiligen „Community“ das Bewusstsein für die Bedeutung guter Schulbildung gewachsen – was sich gut an der steigenden Nachfrage nach Kursplätzen ablesen lässt. Bisher wurden Zuschüsse aus dem Wissenschaftsministerium gezahlt, die nun auslaufen. Es wäre äußerst fatal, wenn zu einem Zeitpunkt, wo immer mehr Teilnehmer*innen in die Kurse drängen, die Kurse eingestellt werden. Es trübe mit jungen

Neuzugewanderten eine äußerst verletzte Bevölkerungsgruppe – die mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Kosten würden die kurzfristigen Einsparungen bei Weitem übersteigen.

Ein Kurs über 10 Monate mit 18 Teilnehmenden kostet ca. 60.000 €. Das sind vor allen Dingen die Honorarkosten für die Lehrenden, die hier zu Buche schlagen. Mit der Weiterführung der Maßnahme gäbe es eine Kontinuität des Angebotes.

Aufgrund des Fachkräftemangels würden sich die Antragsteller*innen darüber hinaus über eine Partizipation der Unternehmerverbände freuen.

<i>Fraktion:</i> SPD Bündnis 90/Die Grünen FDP/Volt Ratsherr Zimmermann <i>Bearbeitung:</i> Frau Feil, 28-1689, SPD	<i>Datum</i> 01.03.2022
---	----------------------------

Mit freundlichen Grüßen

Gruppe SPD/Ratsherr Zimmermann

Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Volt